

güter. Darum wurde auf der Moskauer Konferenz mit aller Dringlichkeit erklärt, es käme darauf an, die Wiedererrichtung des deutschen Militarismus zu verhindern!

Die Pariser Verträge jedoch sollen den Militaristen in Westdeutschland die Möglichkeit geben, zunächst eine 520 000 Mann starke Armee aufzustellen, die dann unbegrenzt erweitert werden kann. Das heißt, den deutschen Militaristen ein militärisches Instrument in die Hände zu geben, mit dem sie neue Abenteuer starten können. Darüber hinaus sollen diesen Militaristen Massenvernichtungswaffen, wie Atombomben und andere zur Verfügung stehen.

Die Initiatoren der Pariser Verträge versuchen, die friedliebenden Menschen irrezuführen, indem sie erklären, die Einbeziehung Westdeutschlands in den Nordatlantikpakt und in die sogenannte „westeuropäische Union“, sowie die „Kontrollbestimmungen“ der Pariser Verträge würden die Gefahren einer Remilitarisierung abschwächen. Die Erfahrungen der Geschichte lehren, daß die deutschen Militaristen alle „Kontrollbestimmungen“ nur als einen Fetzen Papier betrachten, wenn sie sich genügend stark fühlen. Außerdem wird mit einer sogenannten „Kontrolle“ der deutschen Militaristen durch amerikanische und englische aggressive Kreise der Bock zum Gärtner gemacht. Diese Kreise bestehen auf die Remilitarisierung Westdeutschlands, um mit dessen Hilfe ihre eigenen aggressiven Pläne zu verwirklichen. Westdeutschland ist in ihren Augen ein Aufmarschgebiet, ein Gebiet zur Rekrutierung von Kanonenfutter, das die Kastanien aus dem Feuer zu holen hat. Ihnen ist es gleichgültig, daß die Verwirklichung solcher Pläne zu einem Bruderkrieg Deutscher gegen Deutsche führen würde. Ihr Interesse ist das Aufrüstungsgeschäft und das Geschäft des Krieges. Diesen Interessen sollen die Pariser Verträge dienen. Es erweist sich, daß somit eine Realisierung und Durchführung der Pariser Verträge große Gefahren für alle Völker Europas entstehen lassen.

Für das deutsche Volk gibt es nichts Wichtigeres, als die Wiedervereinigung seines Vaterlandes in einem einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Staat. Die Lösung dieser Aufgabe würde gleichzeitig einen Unruheherd in Europa beseitigen und wäre die beste Garantie für ein friedliches Zusammenarbeiten des deutschen Volkes mit seinen Nachbarvölkern. Von dieser Erkenntnis ausgehend, erklärten die Teilnehmerstaaten der Moskauer Konferenz, „daß die Regelung der Deutschlandfrage die Hauptaufgabe zur Festigung des Friedens in Europa ist“. Die Pariser Verträge sprechen nicht von einer Wiedervereinigung Deutschlands, sondern von der Ausdehnung der imperialistischen Verhältnisse Westdeutschlands auf die Deutsche Demokratische Republik, in der die demokratischen und friedlichen Kräfte des deutschen Volkes unter der Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auf dem Wege des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus voranschreiten. Eine solche „Lösung des Deutschlandproblems“ würde bedeuten, daß ganz Deutschland wieder den katastrophalen Weg Hitlers gehen würde, was weder dem Willen der demokratischen und friedliebenden Kräfte des deutschen Volkes, die die Wiedergeburt Deutschlands als einer demokratischen und friedliebenden Großmacht erstreben, noch den Interessen der anderen europäischen Völker entsprechen würde, die in der Vergangenheit so schwer unter der Aggression der deutschen Militaristen gelitten haben.

Darum muß mit allem Ernst festgestellt werden, daß mit der Ratifizierung und der Durchführung der Pariser Verträge die Wiedervereinigung Deutschlands für lange Zeit unmöglich, ja Verhandlungen über eine friedliche Regelung der Deutschlandfrage gegenstandslos würden.

Die friedliche und demokratische Wiedervereinigung Deutschlands, die Wiedergeburt Deutschlands als Großmacht erfordert die Ablehnung jeglicher Pläne zur Remilitarisierung Westdeutschlands und seiner Einbeziehung in militärische Gruppierungen. Mit dem Ver-

zicht auf die Pläne zur Wiedererrichtung des deutschen Militarismus würde das Haupthindernis für eine friedliche Regelung der Deutschlandfrage beseitigt. Zu dieser Schlußfolgerung kamen alle Teilnehmerstaaten der Moskauer Konferenz. Sie wiesen gleichzeitig auf die Notwendigkeit hin, zu einer Einigung über die Durchführung gesamtdeutscher, freier Wahlen im Jahre 1955 und die Bildung einer aus diesen Wahlen hervorgehenden gesamtdeutschen Regierung des einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschlands zu gelangen. Mit dieser Regierung soll ein Friedensvertrag abgeschlossen werden, der sowohl die friedliche Entwicklung eines geeinten, demokratischen, souveränen Deutschlands gewährleistet als auch das berechnete Sicherheitsbedürfnis der Nachbarstaaten Deutschlands befriedigt. Der Abzug der Besatzungstruppen aus Deutschland würde wesentlich zur Annäherung beider Teile Deutschlands und zu ihrer Wiedervereinigung beitragen.

Die Moskauer Konferenz widmete ihre besondere Aufmerksamkeit dem Problem der kollektiven Sicherheit in Europa. Sie wandte sich in ihrer Deklaration erneut an alle europäischen Staaten mit dem Vorschlag, an Stelle abgeschlossener militärischer Gruppierungen einiger Staaten gegen die anderen europäischen Staaten ein System der kollektiven Sicherheit in Europa zu schaffen, an dem alle europäischen Staaten unabhängig von ihrer Gesellschafts- und Staatsordnung teilnehmen und in dem sie ihre Bemühungen zur Gewährleistung des Friedens in Europa vereinen. Auch den USA, die die Mitverantwortung für die Regelung der Deutschlandfrage tragen, steht die Teilnahme an einem solchen System der kollektiven Sicherheit frei. Die Grundprinzipien eines solchen Systems der kollektiven Sicherheit sollten sein: Internationale Zusammenarbeit auf der Grundlage der Achtung der Unabhängigkeit und der Souveränität der großen und kleinen Nationen und Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten; alle Streitfragen gemäß den Forderungen der Charta der Vereinten Nationen so zu lösen, daß der Friede in Europa nicht gefährdet wird; im Falle einer Gefährdung des Friedens gemeinsame Beratungen durchzuführen, um wirksame Maßnahmen zur Abwendung einer solchen Gefahr zu ergreifen; sollte ein Vertragspartner Opfer einer Aggression werden, diesem mit allen verfügbaren Mitteln Hilfe zu erweisen, um den Frieden in Europa wiederherzustellen.

Insbesondere wies die Moskauer Konferenz darauf hin, daß für die Lösung des Deutschlandproblems die Schaffung eines solchen Systems der kollektiven Sicherheit, an dem das deutsche Volk gleichberechtigt teilnimmt, von größter Bedeutung ist. Ein auf friedlicher und demokratischer Grundlage wiedervereinigtes Deutschland hätte unter den Bedingungen eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa breite Möglichkeiten für den Aufstieg der deutschen Friedenswirtschaft, seiner Industrie und Landwirtschaft, für die Entwicklung umfangreicher wirtschaftlicher Beziehungen zu anderen Ländern, insbesondere zu den Ländern Osteuropas und den Ländern Asiens mit ihren großen Märkten und unerschöpflichen Hilfsquellen. „Das Schicksal Deutschlands als Großmacht“ — so heißt es in der Deklaration der Moskauer Konferenz — „ist also engstens damit verbunden, ob es den Weg der friedlichen Entwicklung und der Zusammenarbeit mit allen anderen europäischen Staaten beschreitet oder aber den Weg der Vorbereitung eines neuen Krieges geht. Der Weg der friedlichen Entwicklung und der internationalen Zusammenarbeit, den die Deutsche Demokratische Republik geht, führt zur Wiedergeburt Deutschlands und zu seiner Blüte. Der andere Weg, auf den die deutschen Militaristen Westdeutschland lenken wollen, führt zu einem neuen Krieg und folglich zur Verwandlung Westdeutschlands in eine Zone des Feuers und der Vernichtung.“

Angesichts des erklärten Bestrebens gewisser Staaten, ungeachtet der mit den Pariser Verträgen verbundenen Gefahren ihre Ratifizierung zu erwirken, hielten es die friedliebenden Staaten für ihre Pflicht, festzu-